

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Dr. Marco Genthe (FDP)

Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Genthe (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 23.12.2019

Am 03.12.2019 berichtete die *Bild* unter der Überschrift „96 Verurteilte warten auf Therapie - Polit-Zoff um Maßregelvollzug“, dass aktuell 79 verurteilte Straftäter und psychisch Kranke in Freiheit auf einen MRV-Platz in einer der zehn Einrichtungen in Niedersachsen warteten. Hinzu kämen 17 weitere Verurteilte, die wegen der Schwere ihrer Taten bereits während des Prozesses in U-Haft saßen und im Gefängnis weiter auf einen MRV-Platz warteten. Das nenne sich „Organisationshaft“, habe ein Sprecher des Justizministeriums erklärt.

1. Wie viele Personen befanden sich in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 für wie lange in Organisationshaft?
2. Wie sieht es vor dem Hintergrund, dass sich aktuell 79 verurteilte Straftäter und psychisch Kranke in Freiheit befinden, da kein Platz im Maßregelvollzug frei ist, im Vergleich dazu bei der Vollstreckung im Strafvollzug in Niedersachsen aus?
3. Wie schnell nach einem Urteil erfolgt in Niedersachsen die Unterbringung im Justizvollzug: unmittelbar, innerhalb einer Woche, innerhalb eines Monats oder noch später (bitte nach den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 aufschlüsseln)?
4. Wie viele Anträge von Verurteilten auf Haftverschiebung hat es in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 in Niedersachsen gegeben?
5. Wie oft wurden in Niedersachsen in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 Haftantritte ver- bzw. aufgeschoben?
6. Wie oft wurden in Niedersachsen in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 dem Haftantritt nicht freiwillig Folge geleistet?
7. Hält die Landesregierung die Anzahl der Staatsanwälte und Rechtspfleger, die im Bereich der Strafvollstreckung tätig sind, aktuell für ausreichend? Ist insoweit sowohl bei den Staatsanwälten als auch bei den Rechtspflegern PEBB§Y 1.0 erreicht?
8. Wie viele Überlastungsanzeigen hat es in Niedersachsen im Bereich der gesamten Justiz in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 gegeben?
9. Wie viele Fälle hat es in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 gegeben, bei denen Überlastungsanzeigen von Staatsanwaltschaften gefertigt, diese aber durch die Generalstaatsanwaltschaften oder eine andere Behördenebene gestoppt wurden?
10. Wie geht die Landesregierung mit solchen Überlastungsanzeigen um?
11. Wäre es sinnvoll, eine Ombudsstelle für Staatsanwälte und Richter zu schaffen, die gegebenenfalls auch anonym Hinweise aufnimmt, damit in der Praxis entstehende Defizite schneller bekannt werden?
12. Wie steht die Landesregierung dazu, eine Regelung einzuführen, nach der jede Überlastungsanzeige durch die Generalstaatsanwaltschaften gegebenenfalls mit eigener Stellungnahme an das Justizministerium weiterzuleiten ist?
13. Wie viele Staatsanwälte und Mitarbeiter arbeiten in den jeweiligen Schwerpunktstaatsanwaltschaften (bitte nach den einzelnen Schwerpunktstaatsanwaltschaften aufschlüsseln)?

14. Wie schätzt die Landesregierung die Arbeitsbelastung der Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein (bitte nach den einzelnen Schwerpunktstaatsanwaltschaften aufschlüsseln)?

(Verteilt am 07.01.2020)